

Aktuelle Trends

Hubert Gabrisch

Putins Russland: Zu einem geordneten
Staatswesen – ein Kommentar

Wolfram Kempe/Jürgen Kolb/Hilmar Schneider

Lohn- und Einkommenssubventionen
in Ostdeutschland: Erfolgsaussichten zweifelhaft

Johannes Stephan

Strukturwandel, Spezialisierungsmuster
und die Produktivitätslücke zwischen
Mittel- und Osteuropa und der Europäischen Union

Bärbel Laschke

IWH-Industrienumfrage im September 2000

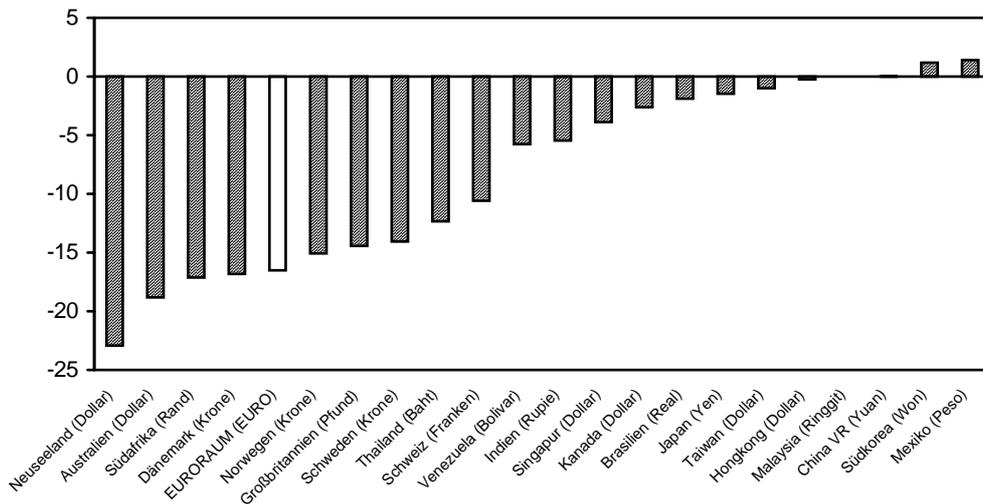
13/2000

18.10.2000, 6. Jahrgang

Aktuelle Trends

Euroschwäche? – Dollarstärke!

Wechselkurse ausgewählter Währungen gegenüber dem US-Dollar
Veränderung von Januar bis September 2000 in Prozent
(+: Aufwertung, -: Abwertung der betreffenden Währung)



Quellen: Federal Research Bank; Berechnungen des IWH.

Zwar ist der Euro eine Währung mit stabiler Kaufkraft – aber die starke Abwertung („Kursverfall“) des Euro gegenüber dem US-Dollar löst bei vielen Besorgnis aus. Dabei zeigt sich, dass im Verlauf des Jahres 2000 nicht nur der Euro, sondern auch zahlreiche andere Währungen gegenüber dem Dollar an Wert verloren haben. Dazu zählen der Schweizer Franken und das britische Pfund ebenso wie die Dänische Krone, aber auch Südafrikas Rand und Australiens Dollar. Ihren Kurs gegenüber dem US-Dollar gehalten haben vor allem einige asiatische Währungen (Hongkong, Malaysia, China), aber auch nicht alle Währungen aus diesem Raum (so nicht Thailands Baht). Alles in allem zeigt die Abwertung so vieler Währungen aus unterschiedlichen Ländern, worum es sich in diesem Jahr im Kern handelt: um eine ausgeprägte Dollarstärke.

Die amerikanische Wirtschaft lockt mit ihrem kräftigen Wachstum immer mehr ausländisches Kapital an, was zu der Aufwertung des Dollar führt. Die ausländischen Investitionen in den USA machten in Relation zu den privaten heimischen Investitionen der USA im Jahr 1995 erst knapp 9 Prozent aus – in diesem Jahr bereits mehr als 22 Prozent. Der Prozess verstärkt sich selbst: in Erwartung einer weiteren Dollaraufwertung kaufen Ausländer immer mehr Dollar und treiben so den Kurs dann auch tatsächlich weiter hoch. Doch wie lange hält das an? Es mehren sich Anzeichen, dass die Dynamik der amerikanischen Wirtschaft in der nächsten Zeit nachlassen könnte. Dann verlieren aber auch Kapitalanlagen in den USA ihren bisherigen Reiz. Es ist leicht möglich, dass die Wechselkurse dann die Richtung wechseln. Das würde auch den bisherigen Erfahrungen mit Wechselkursschwankungen entsprechen: der Dollar wurde an den Devisenmärkten schon viel stärker als heute bewertet, aber auch schon viel schwächer.

Vor diesem Hintergrund ist es abwegig, in der Abwertung des Euro einen Beleg für eine angeblich desolante Wirtschaftsverfassung in Europa zu sehen. Tatsächlich hat sich das Wirtschaftswachstum in Europa seit Einführung des Euro sehr deutlich verstärkt, die Arbeitslosigkeit geht zurück, und der in den Aktienkursen zum Ausdruck kommende Unternehmenswert ist ebenfalls gestiegen. Weitere wirtschaftspolitische Reformen sind im Euroraum sicherlich zu wünschen – dies aber nicht wegen der bisherigen Abwertung des Euros, sondern weil Europa in Sachen Wachstum und Beschäftigung noch mehr erreichen muss.

Rüdiger Pohl (rph@iwh-halle.de)

Kommentar

Putins Russland: Zu einem geordneten Staatswesen

Als im Jahre 1992 die Reformen des damaligen amtierenden Ministerpräsidenten Gajdar die Transformation der Planwirtschaft einleiteten, befand sich Russlands Wirtschaft bereits im freien Fall. Dieser endete in der Währungs- und Finanzkrise vom August 1998. Seitdem erholt sich die Wirtschaft. Im Juli dieses Jahres (2000) verabschiedete Putins erste Regierung ein neues umfassendes Reformprogramm. Dieses Programm besitzt drei prägnante Merkmale: Erstens ergänzt es die bisherigen Gajdarschen Reformen in wichtigen Bereichen (Steuern, Aktienrecht usw.), zweitens enthält es eine soziale Dimension (vor allem Reform der Sozialversicherungen, aber auch Bildung, Kultur usw.), und drittens zielt es auf eine deutliche Präsenz der Föderalregierung in Wirtschaft und Gesellschaft (Re-Zentralisierung, Beschränkung der Macht der Teilrepubliken, Strukturpolitik). Besonders die beiden letzten Punkte sind Gegenstand von Kritik und werden von einigen Beobachtern als Bestandteile des Szenarios eines "autoritären Staates" oder gar einer "Re-Sowjetisierung" gewertet. Ist eine solche Reform überhaupt notwendig? Schließlich erholt sich die Wirtschaft seit der Krise vor zwei Jahren. Sind nicht die erstaunlich hohen Wachstumsraten des Bruttoinlandsprodukts von rund 7 % in diesem Jahr Beweis genug für den späten Erfolg der Gajdarschen Reformen?

Die Analyse rät zur Vorsicht: Die Erholung der Wirtschaft wurde extern verursacht, insbesondere vom außergewöhnlich hohen Weltmarktpreis für Rohöl. Infolgedessen stiegen die Löhne, die Nachfrage nach Vorleistungen und die Staatsausgaben drastisch an. Die russische Wirtschaft hat aber noch nicht den Beweis für ein selbsttragendes Wachstum erbracht. Eine grundlegende Reform der Wirtschaft bleibt auf der Tagesordnung. Ob jedoch das neue Programm die interne Wachstumsfähigkeit herzustellen vermag, hängt von der Lösung zweier zentraler Probleme ab, die Gajdars Reformen vernachlässigten: die Rechtsunsicherheit und die moralische Krise der Gesellschaft.

Der Mangel an *Rechtsstaatlichkeit* ist eines der größten Investitionshindernisse. Rechtsunsicherheit verbindet sich mit einem schwachen Staat. Dessen Erscheinungsformen sind für Russland allgemein bekannt: weit verbreitete Kriminalität, Nicht-Beachtung der föderalen Gesetze durch Unternehmen und Teilrepubliken, Korruption im Staatsapparat, und netzartige Mafia-Strukturen. Die Festigung des Rechtsrahmens ist Grundvoraussetzung für die Wirksamkeit aller einzelnen Reformvorhaben vom Aktienrecht über die Regulierung der natürlichen Monopole bis hin zur Steuerreform. Zur Herstellung der Rechtssicherheit gehört insbesondere die Eindämmung der politischen Macht wichtiger ökonomischer Akteure. Diese "Oligarchen" erlangten im Zuge einer intransparenten Privatisierung die Verfügungsmacht über große Bereiche der Volkswirtschaft und sind häufig in der Schattenwirtschaft tätig und für Kapitalflucht verantwortlich. Die Rückkehr des Staates macht sich hier unter anderem in der teilweisen Entmachtung der Regionen (Föderationssubjekte), im verschärften Vorgehen der Steuerbehörden gegen die "Oligarchen" und in der Regulierung der natürlichen Monopole in der Energieversorgung bemerkbar. Die eingangs erwähnte Kritik, hier handele es sich um das Auftreten eines autoritären Staates und um die Abkehr von westlichen Demokratiemustern, ist angesichts der Reformblockaden in der Jelzin-Ära nicht nachvollziehbar.

Die zweite Voraussetzung für den Erfolg eines jeden Reformansatzes ist die Schaffung eines neuen *sozialen Vertrages*, mit dem die moralische Krise in der Gesellschaft überwunden wird. Diese Krise wurzelt in der verbreiteten Armut bei starker Einkommens- und Vermögensungleichheit und ist mit sozialen Spannungen verbunden. Diese russische Regierung hat die Bedeutung des Problems offenbar verstanden. Das Programm beginnt mit den sozialen Reformen, und die Reformen zur Modernisierung der Wirtschaft folgen. Im Grunde wird so der Maßstab geliefert, an dem für die Bevölkerung der Sinn der Transformation messbar wird. Gerade hier unterscheidet sich das Programm vom Reformkonzept 1992.

Kritisch ist allerdings anzumerken, dass das Programm noch zu vage ist. Dies lädt zur Verwässerung ein, sodass der gesamte Reformansatz unwirksam würde. Die guten wirtschaftlichen Daten könnten, oberflächlich betrachtet, leicht als Alibi für weitere Verzögerungen und Abschwächungen in der Reformbewegung dienen.

Hubert Gabrisch (gab@iwh-halle.de)

Lohn- und Einkommenssubventionen in Ostdeutschland: Erfolgsaussichten zweifelhaft¹

Zur Verringerung der hohen Arbeitslosigkeit von Niedrigqualifizierten sind seit einiger Zeit angebotsseitige Maßnahmen am Arbeitsmarkt wie Lohn- bzw. Einkommenssubventionen im Gespräch. Verschiedene Varianten davon werden mittlerweile in Modellversuchen erprobt.

Bisher setzt das deutsche Steuer- und Transfersystem nur geringe Beschäftigungsanreize für potenzielle Niedriglohnbezieher. Mit einer Kombination von Erwerbseinkommen und Subventionen für erwerbstätige Niedrigverdiener (Kombilohn) soll dem abgeholfen werden.

Das IWH hat drei Kombilohnstrategien simuliert und die Auswirkungen auf die Erwerbsbereitschaft sowie die direkten Kosten und Einsparungen für Ostdeutschland berechnet. Zum Vergleich wurde die Alternative einer hin und wieder geforderten Absenkung des Sozialhilfeniveaus einbezogen. Die untersuchten Konzepte repräsentieren die Bandbreite der inzwischen zahlreichen Vorschläge.

In der Simulation zeigt sich, dass die Bereitschaft zur Aufnahme einer Erwerbsarbeit tatsächlich steigt, wenn auch in bescheidenem Umfang. Die Ergebnisse machen allerdings auch deutlich, dass auf begrenzte Personengruppen und Ziele zugeschnittene Maßnahmen erfolgversprechender sind. Hier liegen je nach Ausgestaltung sogar Einsparungen für die öffentlichen Finanzen im Bereich des Möglichen. Instrumente mit zusätzlichen (sozialpolitischen) Inhalten sind aus arbeitsmarktpolitischer Sicht hingegen weniger treffsicher und dafür umso teurer. Insofern dürfte es unter arbeitsmarktpolitischen Gesichtspunkten sinnvoller sein, sich auf Modelle mit klar umrissenen Zielgruppen zu konzentrieren. Eine zusätzliche Absenkung des Sozialhilfeniveaus um 10 % verspricht in etwa eine Verdopplung der Effekte. Eine solche Reduzierung wäre jedoch mit einer Reihe von Problemen verbunden.

¹ Dieser Beitrag basiert auf einem Teil eines Gutachtens im Auftrag des Bundesministeriums für Finanzen, das im Dezember 1999 abgeschlossen wurde. Die ausführliche Fassung ist in SCHNEIDER, H. u. a.: Die Effizienz der Arbeitsmarktpolitik in den neuen Bundesländern. IWH-Sonderheft 3/2000, S. 123-173, erschienen.

Geringqualifizierte und Langzeitarbeitslose als Problemgruppen des Arbeitsmarktes

Eine Analyse der Arbeitslosendaten zeigt auf, dass eine auf Geringqualifizierte und Langzeitarbeitslose ausgerichtete Arbeitsmarktpolitik von zentraler Bedeutung für die Verringerung der Arbeitslosigkeit ist. In Westdeutschland ist heute nahezu jede vierte Erwerbsperson ohne Ausbildung arbeitslos, während diese Quote noch in den siebziger Jahren bei nur 6 % lag. In Ostdeutschland sind 55 % der Geringqualifizierten ohne Arbeit.² Die rund 1,5 Millionen gering qualifizierten Arbeitslosen in Deutschland machen fast 40 % aller Arbeitslosen aus.

Das Gros der Arbeitslosigkeit setzt sich somit aus zwei unterschiedlichen Komponenten zusammen: vorwiegend temporäre Arbeitslosigkeit, gepaart mit einem relativ hohen Arbeitslosigkeitsrisiko bei gering qualifizierten Erwerbspersonen und vorwiegend dauerhafte Arbeitslosigkeit trotz vergleichsweise geringem Arbeitslosigkeitsrisiko bei älteren Arbeitslosen.

Die bisherige Arbeitsmarktpolitik hat – insbesondere in Ostdeutschland – in starkem Maße auf die Nachfrageseite des Arbeitsmarktes mit der Schaffung von Beschäftigung im zweiten Arbeitsmarkt gesetzt. Der massive Einsatz von Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen stößt jedoch an Budgetgrenzen, zudem gibt es berechtigte Zweifel an der Erfüllung der Brückenfunktion in den ersten Arbeitsmarkt.³

Geringe Arbeitsanreize des Steuer- und Sozialtransfersystems für Niedriglohnbezieher

In der Diskussion wird davon ausgegangen, dass bei beiden Problemgruppen zu hohe implizite

² Vgl. REINBERG, A.; RAUCH, A.: Bildung und Arbeitsmarkt: Der Trend zur höheren Qualifikation ist ungebrochen, IAB-Werkstattbericht 15/1998. Nürnberg.

³ Vgl. BERGEMANN, A.; SCHULTZ, B.: Effizienz von Qualifizierungs- und Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen in Ostdeutschland, in: IWH, Wirtschaft im Wandel, 9/2000, S. 243-253. – KRAUS, F.; PUHANI, P. A.; STEINER, V.: Do Public Works Programs Work? Some Unpleasant Results from the East German Experience. ZEW-Discussion Paper, Nr. 98-07. Mannheim 1998.

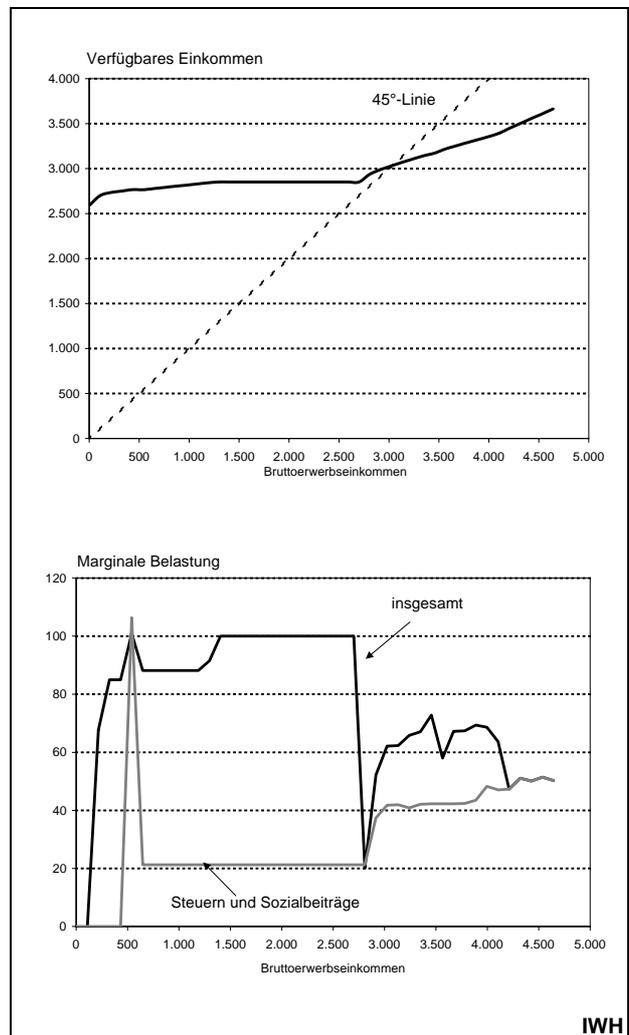
Mindestlohnschwellen für die Arbeitslosigkeit verantwortlich sind. Diese Mindestlohnschwellen werden durch das System der sozialen Sicherung induziert. Sie resultieren aus bestehenden Ansprüchen auf Lohnersatzentkommen, beispielsweise in Form von Arbeitslosen- und Sozialhilfe. So verfügte z. B. eine vierköpfige Familie mit einem Verdiener im unteren Lohnsegment im Produzierenden Gewerbe in Ostdeutschland 1998 monatlich über 3.043 DM. Ein Anspruch dieser Familie aus Sozialhilfe ohne Erwerbstätigkeit würde 2.591 DM betragen. Das sind nur knapp 15 % weniger als bei der geschilderten Vollzeitbeschäftigung. Insbesondere in einigen Dienstleistungsbranchen sind die Verdienste noch deutlich geringer. Dieselbe Familie hätte bei einem Vollzeitbeschäftigten in der untersten Tarifgruppe im Einzelhandel inklusive Kinder- und Wohngeld nur 2.578 DM zur Verfügung, das ist sogar etwas weniger als bei Inanspruchnahme der Sozialhilfe.⁴

Darüber hinaus behindern im Niedrigeinkommensbereich die derzeitigen Regelungen des deutschen Steuer- und Transfersystems die Aufnahme einer Beschäftigung. Die Erwerbseinkommen unterhalb des Ersatzlohnanspruchs werden fast vollständig auf den Ersatzlohn angerechnet, die Grenzzugsrate beträgt bis zu 100 %. Das bedeutet, dass der Verdienst zusätzlicher Arbeit das letztendlich verfügbare Einkommen nicht steigert. Somit macht die Aufnahme einer Erwerbstätigkeit häufig erst dann Sinn, wenn das entsprechende Nettoeinkommen mehr oder weniger deutlich über dem Ersatzlohnanspruch liegt.

In Abbildung 1 ist oben der Zusammenhang zwischen Bruttoerwerbseinkommen und verfügbarem Einkommen für eine vierköpfige Familie bei einem Verdiener (mit den Regelungen für Ostdeutschland 1998) abgetragen. In der unteren Abbildung ist die Grenzbelastung zusätzlichen Erwerbseinkommens grafisch dargestellt. Solange der

⁴ Zugrunde gelegt wurde das durchschnittliche Bruttoarbeitsentgelt eines Hilfsarbeiters im Produzierenden Gewerbe (Leistungsgruppe 3) bzw. die unterste Tarifgruppe im Einzelhandel inkl. anteiliger einmaliger Zahlungen minus Steuern und Sozialversicherung plus Kindergeld und Wohngeld in den neuen Bundesländern. Der Sozialhilfebedarf (laufende Hilfe zum Lebensunterhalt entsprechend den Regelungen für Ostdeutschland) setzt sich zusammen aus den durchschnittlichen Regelsätzen, Miet- und Heizkostenzuschüssen und einmaligen Leistungen für Kleidung, Hausrat etc.

Abbildung 1:
Verfügbares Einkommen und marginale Belastung des Bruttoerwerbseinkommens für Ein-Verdiener-Ehepaare mit 2 Kindern 1998 in Ostdeutschland
- in DM monatlich -



Quelle: Berechnungen des IWH.

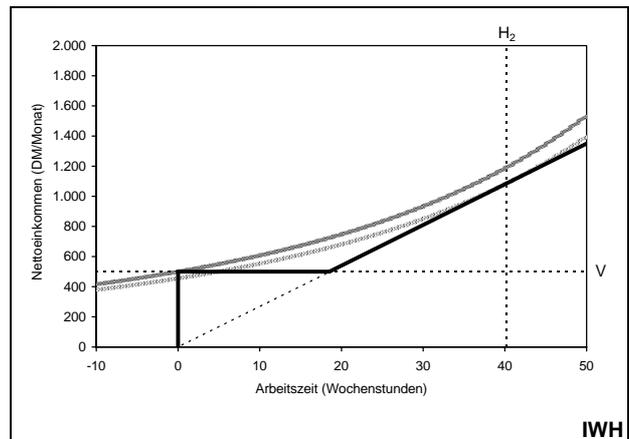
Arbeitsverdienst unterhalb der Sozialhilfeschwelle liegt, erhöht sich das verfügbare Einkommen kaum oder gar nicht, die Transferentzugsrate beträgt 85 bzw. 100 %. Erst mit einem Bruttoverdienst oberhalb der Sozialhilfegrenze sinkt die Grenzbelastung zusätzlichen Erwerbseinkommens deutlich ab. Werden im weiteren Verlauf noch eventuelle Wohngeldansprüche abgeschmolzen, so gründet sich die Belastung des Erwerbseinkommens ab etwa 4.000 DM brutto nur noch auf die Steuern und Sozialversicherungsbeiträge (graue Linie). Nunmehr steigt auch im oberen Diagramm das verfügbare Einkommen schneller an, der implizit resultierende Nettostundenlohn ist höher als im ersten Budgetabschnitt.

Abbildung 2 verdeutlicht die Wirkung dieses Verlaufs auf die Wahl des Arbeitsangebots eines Individuums. In diesem Beispiel symbolisiert die durchgezogene schwarze Linie den Verlauf des Nettoeinkommens in Abhängigkeit von einem gegebenen Lohnsatz und dem Umfang der angebotenen Arbeitszeit (Budgetfunktion). Bei einem Arbeitsangebot von 0 Stunden besteht ein Lohnersatzanspruch in Höhe von V . Der horizontale Verlauf der Budgetfunktion bei einem Stundenangebot bis etwa 20 Wochenstunden stellt in stilisierter Form die Wirkung des deutschen Steuer- und Transfersystems dar. Solange das erzielte Erwerbseinkommen den Lohnersatzanspruch unterschreitet, wird es fast vollständig auf den Lohnersatzanspruch angerechnet. Das verfügbare Nettoeinkommen lässt sich durch eine Ausweitung des Arbeitsangebots nicht (oder nur unwesentlich) erhöhen.

Erst mit Überschreiten der Lohnersatzanspruchsschwelle erhöht sich das verfügbare Einkommen proportional zum Nettolohnsatz. Die individuelle Präferenz lässt sich mit Hilfe von Indifferenzkurven abbilden, die gleichwertige Nutzenkombinationen von Arbeitszeit und Freizeit widerspiegeln. Die dunklere der beiden strukturiert dargestellten Indifferenzkurven verkörpert für diesen Fall das höchste erreichbare Nutzenniveau. Ohne Lohnersatzanspruch wäre es im dargestellten Fall für ein Individuum nutzenoptimal, ein Arbeitsangebot im Umfang von H_2 Stunden pro Woche zu realisieren. Mit Lohnersatzanspruch wird es hingegen nutzenoptimal, 0 Stunden anzubieten. Bei gleicher Präferenzstruktur kann die so generierte Mindestlohnschwelle nur durch einen entsprechend höheren Lohnsatz überwunden werden (vgl. Abbildung 3). In den dargestellten Beispielen liegt die Mindestlohnschwelle bei 10 DM/Stunde. In Abbildung 2 beträgt der angenommene Stundenlohnsatz 9 DM, in Abbildung 3 wird von 12,50 DM ausgegangen.

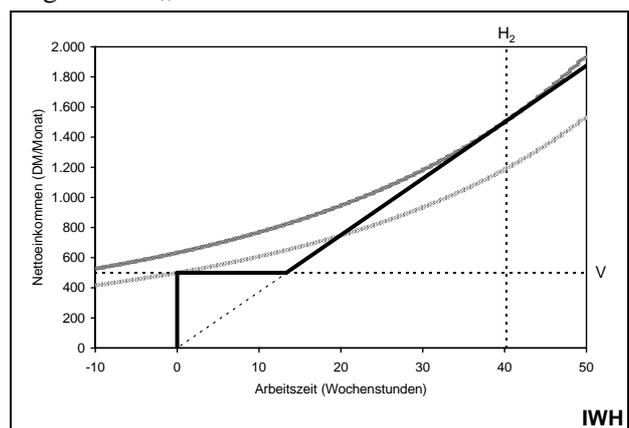
Die Existenz impliziter Mindestlohnschwellen sorgt dafür, dass Tätigkeiten mit geringer Produktivität und entsprechend geringen Qualifikationsanforderungen vom Markt verschwinden. Dieser Prozess erfolgt zweiseitig: Liegt der produktivitätsgerechte Lohn für eine bestimmte Tätigkeit unterhalb der Mindestlohnschwelle, wird sie weder von potenziellen Arbeitnehmern angeboten noch von den Unternehmen nachgefragt, denn Letztere müssten einen für sie unrentablen Lohn anbieten,

Abbildung 2:
Lohnersatzanspruch und nutzenoptimales Arbeitsangebot bei „niedrigem“ Lohnsatz



Quelle: Berechnungen des IWH.

Abbildung 3:
Lohnersatzanspruch und nutzenoptimales Arbeitsangebot bei „hohem“ Lohnsatz



Quelle: Berechnungen des IWH.

um überhaupt jemanden für die entsprechende Stelle zu finden. In der Konsequenz gehen diejenigen leer aus, die zwar Arbeit suchen, aber die Anforderungen für besser bezahlte Stellen nicht erfüllen können. Sie befinden sich in der sogenannten Sozialhilfefalle. Daraus ergeben sich Langzeitarbeitslosigkeit und die besonderen Vermittlungsprobleme von Geringqualifizierten.

Lohn- und Einkommenssubventionen sollen niedrig entlohnte Tätigkeiten attraktiver machen

Die Überwindung der Mindestlohnschwellen kann prinzipiell auf zwei Arten erfolgen: Entweder durch eine Lohn-/Einkommenssubvention oder durch Qualifizierungsmaßnahmen, die die Teilnehmer in die Lage versetzen, höherwertigere Tätigkeiten aus-

zuüben als bisher. Auf den Einsatz und die Wirksamkeit von Qualifizierungsmaßnahmen soll hier im weiteren nicht eingegangen werden.⁵

Der hier diskutierte Weg aus diesem Dilemma bildet die Kombinierung niedriger Erwerbseinkommen mit Modellen der Lohn- oder Einkommenssubventionierung (Kombilöhne). Mit der Einführung von Kombilöhnen soll ein Zuschlag bei niedrig entlohnter Erwerbstätigkeit gezahlt werden, um eine deutliche Einkommensverbesserung gegenüber den Transferleistungen bei Nichtarbeit zu erzielen. Dieser Zuschlag soll die Motivation zur Aufnahme einer niedrigentlohnten Tätigkeit steigern.⁶ Mit Kombilöhnen wird so die Hoffnung verbunden, dass in einem staatlich subventionierten Niedriglohnbereich zusätzliche Arbeitsplätze entstehen. Aus diesen Überlegungen heraus wurden im „Bündnis für Arbeit“ entsprechende Modellversuche vereinbart.⁷

Allerdings zeigt die theoretische Analyse dieser Subventionen, dass die Wirkung nicht eindeutig auf eine Erhöhung der am Arbeitsmarkt angebotenen Stunden gerichtet sein muss. Insbesondere bei bereits erwerbstätigen Personen mit Einkommen nahe der Transfergrenzen werden Anreize gesetzt, ihre Erwerbstätigkeit zu reduzieren, um stattdessen Sozialtransfers in Anspruch nehmen zu können.

Die zweite Möglichkeit, die Differenz zwischen Lohnersatzeinkommen und Erwerbseinkommen zu erhöhen, ist die hin und wieder geforderte Absenkung der Sozialhilfe.⁸ Anders als beim Kombilohn

ist die Wirkungsrichtung einer Sozialhilfeabsenkung theoretisch eindeutig. Die Bereitschaft oder der „Druck“, eine Erwerbsarbeit aufzunehmen, steigt.

Simulation der Effekte

Die Zahl der Personen, die bei Einführung der Reformkonzepte zusätzlich eine Erwerbstätigkeit aufzunehmen sucht, lässt sich mit Hilfe mikroökonomischer Verfahren abschätzen. Den Ausgangspunkt bildet die Annahme, dass jedes Individuum die ihm zur Verfügung stehende Zeit nutzenmaximal zwischen Erwerbsarbeit und Nicht-Erwerbsarbeit aufzuteilen sucht. Aus dieser Optimierung unter Berücksichtigung des erzielbaren Lohnsatzes resultiert ein entsprechendes Arbeitsangebot. Die Entscheidung zur Erwerbstätigkeit wird neben soziodemographischen Faktoren (Alter, Geschlecht, Bildung, Partner, Kinder) zusätzlich durch das zur Verfügung stehende Nichtarbeitseinkommen des sozialen Sicherungssystems bestimmt. Sowohl die Höhe als auch die Anrechnungsregelungen bei Erwerbstätigkeit beeinflussen daher die individuelle Erwerbsaufnahme (zum methodischen Vorgehen vgl. Kasten 1). Mit Hilfe der ermittelten Arbeitsangebotsreaktionen lassen sich dann die erforderlichen Subventionsbeträge abschätzen, die durch die öffentliche Hand bereitgestellt werden müssten.

Als Datenbasis für die empirische Analyse dient der Arbeitsmarktmonitor Sachsen-Anhalt (AMM)⁹ des Jahres 1998. Der AMM ist eine repräsentative Befragung der Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter (15 bis unter 65 Jahre).¹⁰

Im nächsten Schritt erfolgt die Bestimmung der aus den untersuchten Reformkonzepten resultierenden Einkommensveränderungen für jede im Datensatz enthaltene Person unter Verwendung eines Steuer-Transfer-Modells (vgl. Kasten 2). Mit Hilfe der ermittelten Parameter des Arbeitsangebots

⁵ Zur Evaluation von Qualifizierungsmaßnahmen siehe z. B. Teil III in SCHNEIDER, H. u. a.: Die Effizienz der Arbeitsmarktpolitik in den neuen Bundesländern. Gutachten im Auftrag des Bundesministeriums für Finanzen. IWH-Sonderheft 3/2000. Halle, S. 76-96. – LECHNER, M.: Training the East German Labour Force. Microeconomic Evaluations of Continuous Vocational Training after Unification. Physica-Verlag, Heidelberg 1998.

⁶ Die Grundidee von Kombilöhnen beschreibt z. B. POHL, R.: Der Konflikt zwischen tariflichen oder staatlichen Mindestlöhnen und dem Sozialhilfeniveau, in: Hauser, R. (Hrsg.): Die Zukunft des Sozialstaates. Schriften des Vereins für Socialpolitik, Band 271, S. 229-271.

⁷ Vgl. BUNDESMINISTERIUM FÜR ARBEIT UND SOZIALORDNUNG: Pressemitteilung: Kabinett beschließt „Sonderprogramm zur Erprobung von Modellansätzen zur Förderung der Beschäftigung von Geringqualifizierten und Langzeitarbeitslosen“. Berlin, 28. Juni 2000.

⁸ SACHVERSTÄNDIGENRAT ZUR BEGUTACHTUNG DER GESAMTWIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG: Wirtschaftspolitik unter Reformdruck, Jahresgutachten 1999/2000. Wiesbaden.

⁹ Zum AMM vgl. WIENER, B.: Arbeitsmarktdaten Sachsen-Anhalt, Forschungsbeiträge zum Arbeitsmarkt in Sachsen-Anhalt, Band 8. Ministerium für Arbeit, Soziales und Gesundheit. Magdeburg 1995.

¹⁰ Für die hier diskutierte Fragestellung werden nur Personen in einem Kernerwerbssalter von 20 bis unter 60 Jahren einbezogen. Ruheständler oder in Ausbildung befindliche Personen (außer FuU) innerhalb der Altersabgrenzung werden ebenfalls nicht betrachtet, da sie dem Arbeitsmarkt nicht zur Verfügung stehen. Weiterhin werden Wehrpflichtige, Beamte und Selbständige ausgeschlossen. In die Auswertung gehen 3.723 Individualdatensätze ein.

Kasten 1: Methodische Anmerkungen

Mikroökonomische Abschätzungen der Effekte von einigen Reformvorschlägen zur Erhöhung von Arbeitsanreizen wurden für Ostdeutschland am IWH, ZEW und von KALTENBORN, B. vorgenommen.^a Die in der vorliegenden Studie verwendete Methode weist Besonderheiten auf, die im Folgenden erläutert werden.

Zur Ermittlung der Arbeitsangebotsreaktionen auf die Zahlung von Kombilöhnen wird zunächst bestimmt, welche Verhaltensreaktionen der (potenziellen) Niedrigeinkommensbezieher zu erwarten sind. Die üblicherweise durchgeführten Schätzungen unterstellen häufig einen linearen Einfluss des Lohnsatzes w auf das Arbeitsangebot H und implizieren zwangsläufig eine geringe Lohnelastizität im unteren Lohnsegment. In diesen Studien könnte der Arbeitsangebotseffekt durch Subventionen im Niedriglohnbereich deshalb bislang erheblich unterschätzt worden sein. Das in dieser Arbeit verwendete Arbeitsangebotsmodell basiert auf einer individuellen Nutzenfunktion U von Güterkonsum ($wH + V$) und Freizeit ($T-H$) innerhalb einer Periode T vom Cobb-Douglas-Typ:

$$U = (wH + V)^{1-\alpha} (T - H - \mu)^\alpha.$$

Der Parameter α gibt das relative Verhältnis von Freizeit- und Konsumpräferenz wieder, μ enthält individuelle sozio-demographische Einflüsse und eine stochastische Komponente. Im Nutzenmaximum gehen somit das Nichtarbeitseinkommen V (Sozialtransfer) linear und der Lohnsatz w nichtlinear in die Bestimmung des Umfangs des optimalen Arbeitsangebots H^* ein:

$$H^* = (1-\alpha)T - \alpha \frac{V}{w} - (1-\alpha) \mu.$$

Das Modell impliziert eine hohe Arbeitsangebotselastizität im unteren Lohnsegment.

Erwerbswahrscheinlichkeit und Umfang des Arbeitsangebots werden darüber hinaus durch eine Reihe individueller Merkmale erklärt, deren Einflüsse sich im Rahmen einer TOBIT-Schätzung – einem Maximum-Likelihood-Schätzverfahren – quantifizieren lassen. Dieser Ansatz berücksichtigt, dass das Arbeitsangebot als endogene Variable auf den positiven Wertebereich beschränkt ist, sodass die beobachtete Verteilung der Stunden gestutzt ist. Das TOBIT-Modell gewährleistet in dieser Situation unverzerrte und konsistente Schätzungen der Regressionsparameter. Als erklärende Variablen gehen neben Lohnsatz und Nichtarbeitseinkommen das Vorhandensein eines Partners, die Zahl der Kinder, der Bildungsstand sowie das Alter ein. Da für nichterwerbstätige und arbeitslose Personen kein Lohn beobachtet werden kann, wird eine Heckman-korrigierte Lohnschätzung vorgeschaltet.

Eine weitere Besonderheit der vorgenommenen Schätzungen besteht in der Berücksichtigung nicht-linearer Budgetrestriktionen.^b Dadurch ist es möglich, Eigenschaften des Steuer- und Transfersystems in eine stetige Arbeitsangebotsschätzung einzubeziehen. Dazu werden zwei verschiedene Budgetsegmente mit unterschiedlichen Nettolohnsätzen und daraus folgenden („virtuellen“) Nichtarbeitseinkommen in der Schätzung verwendet. Das erste Budgetsegment widerspiegelt die durchschnittliche implizite Belastung des Bruttolohnsatzes im Sozialtransferbereich von durchschnittlich rund 90 %. Die durchschnittliche Belastung aus Steuern und SV-Beiträgen im zweiten Budgetsegment beträgt nur etwa 50 %. Der resultierende Nettolohnsatz ist höher als im ersten Budgetsegment, dies führt damit zu nichtkonvexen Budgetfunktionen. Aufgrund unterschiedlicher Steuerzahlungen und Sozialtransferansprüche werden Budgetfunktionen für 13 Haushaltstypen näherungsweise ermittelt.

^a Vgl. SCHNEIDER, H. u. a.: Die Effizienz der Arbeitsmarktpolitik in den neuen Bundesländern, IWH-Sonderheft 3/2000. BUSLEI, H. u. a.: Beschäftigungseffekte von Lohnsubventionen im Niedriglohnbereich. Gutachten im Auftrag der Hans-Böckler-Stiftung. Mannheim 1999, sowie KALTENBORN, B.: Reformkonzepte für die Sozialhilfe: Finanzbedarf und Arbeitsmarkteffekte. Nomos-Verlagsgesellschaft. Baden-Baden 2000. – ^b Dieser Ansatz beruht im wesentlichen auf Arbeiten von Hausman, siehe z. B. HAUSMAN, J. A.: The Econometrics of Nonlinear Budget Sets. *Econometrica*, 53, 1985, S. 1255-1282.

Kasten 2:
Steuer- und Transfer-Simulation

Die Steuerschuld und die Transferansprüche schlagen sich je nach Haushaltszusammenhang unterschiedlich im verfügbaren Einkommen nieder. Zur Nachbildung der Budgetsituation der Individuen mit unterschiedlicher Haushaltssituation im Status quo und unter den Reformkonzepten werden für 13 Haushaltstypen die Budgetfunktionen mit Hilfe einer Steuer- und Transfersimulation ermittelt. Dabei finden allein Lebende/allein Erziehende und Partnerhaushalte (hier noch unterschieden nach Ein- und Zwei-Verdiener-Haushalten) mit der entsprechenden Kinderzahl Berücksichtigung. Außerdem werden Personen, die in Haushalten mit einem sonstigen Einkommen außerhalb der Sozialtransfergrenzen leben, gesondert berücksichtigt.

Die Steuer- und Transfersimulation schließt im Steuerteil die abzugsfähigen Vorsorgeaufwendungen, die Werbungskostenpauschale, den Sonderausgabenpauschbetrag sowie den Solidaritätszuschlag und die Sozialversicherungsbeiträge ein. Der Transferteil besteht aus Kindergeld, Wohngeld und Sozialhilfe. Arbeitslosengeld und -hilfe bleiben dagegen unberücksichtigt, da die Erwerbsgeschichte der Person einbezogen werden müsste. Da der Sozialhilfeanspruch mit der Zahl der Haushaltsmitglieder steigt, der Arbeitslosengeldanspruch jedoch nicht, sind verschiedene Haushaltstypen von der Nichtberücksichtigung unterschiedlich betroffen. Es dürfte vor allem bei den allein Lebenden zu einer Überschätzung der Einkommensverbesserungen der Reformvorschläge und damit der Arbeitsangebotsreaktionen führen.

wird dann die Veränderung des Erwerbsverhaltens bestimmt. Schließlich werden die mit den Vorschlägen verbundenen Kosten und Einsparungen für Ostdeutschland abgeschätzt. In der Analyse wird davon ausgegangen, dass sich die neuen Bundesländer hinsichtlich der Erwerbsneigung nicht

wesentlich voneinander unterscheiden. Unter dieser Prämisse können die Ergebnisse des auf Sachsen-Anhalt bezogenen Datensatzes auf ganz Ostdeutschland hochgerechnet werden.

Klassifizierung der Kombilohnvorschläge

Seit Mitte der 90er Jahre ist eine Reihe recht heterogener Konzepte zur Einkommensverbesserung niedrig entlohnter Beschäftigter entwickelt worden. Sie differieren relativ stark bezüglich der Zielgruppenorientierung und der Art der Subvention. Hinsichtlich der Zielgruppen lassen sich Modelle für Sozialtransferempfänger und Modelle für alle niedrig entlohnten Erwerbstätigen unterscheiden. Während im ersten Fall auf eine Integration von klar abgegrenzten (Problem-)Gruppen in den ersten Arbeitsmarkt abgezielt wird, verfolgt die zweite Kategorie von Reformmodellen weitergehende – oft sozialpolitische – Intentionen. Die Subvention wird auf der Basis des Lohnes oder des verfügbaren Einkommens gewährt. Tabelle 1 systematisiert wichtige Vorschläge, die im Folgenden näher auf ihre potentiellen Arbeitsmarkteffekte untersucht werden. Diese Konzepte bilden die Breite der in der Diskussion befindlichen Vorschläge ab.

Tabelle 1:
Systematisierung verschiedener Kombilohnvarianten

Zielgruppe/Art der Subvention	Transferempfänger	Alle Geringverdiener
Lohn	–	Stundenlohnzuschlag
Einkommen	Einstiegsgeld für Langzeitarbeitslose	Kindergeld- und SV-Beitragssubventionierung (Mainzer Modell)

Einstiegsgeld für Langzeitarbeitslose: Absenkung der Transferentzugsrate¹¹

Die Zielgruppe des „Einstiegsgeldes“ sind langzeitarbeitslose Sozial- und Arbeitslosenhilfempfeänger. Unter Langzeitarbeitslosigkeit wird dabei eine Arbeitslosigkeitsdauer von mehr als zwölf Monaten verstanden.

Gegenwärtig werden Erwerbseinkommen von über 130 bis 1.000 DM pro Monat zu 85 % auf das

¹¹ Das Grundkonzept des „Einstiegsgeld“ wurde vorgeschlagen in SPERMANN, A.: Das „Einstiegsgeld“ für Langzeitarbeitslose, in: Wirtschaftsdienst, Nr. 5/1996, S. 240-246.

Transfereinkommen angerechnet. Einem Sozialhilfebezieher bleiben somit 15 Pfennig von jeder Mark, die er zusätzlich verdient. Jede Mark, die 1.000 DM übersteigt, wird zu 100 % auf die Sozialhilfe angerechnet und führt zu keinerlei Einkommensverbesserung, bis die Sozialhilfegrenze überschritten wird. Das Einstiegsgeld setzt stärkere Anreize zur Aufnahme einer Erwerbstätigkeit für Transferempfänger, indem es die Anrechnungsquoten deutlich absenkt. In der hier untersuchten Variante verringert sich die Transferentzugsrate auf 50 % über den gesamten Transferbereich.¹² Solange die Sozialhilfegrenze nicht überschritten wird, verbessert eine zusätzlich verdiente Mark das Einkommen des Sozialhilfeempfängers folglich um 50 Pfennig. Die Budgetfunktionen in der simulierten Version sind beispielhaft für zwei Haushaltstypen in Abbildung 4 dargestellt.

Das „Einstiegsgeld“ wird seit dem 01.12.1999 in acht Städten/Kreisen des Landes Baden-Württemberg in verschiedenen Varianten erprobt. Erste Ergebnisse deuten daraufhin, dass vor allem allein Erziehende von dem Reformvorschlag profitieren.¹³

Mainzer Modell: Subventionierung der Sozialversicherungsbeiträge und Kindergeldzuschlag¹⁴

Das Mainzer Modell sieht eine Subventionierung der Sozialversicherungsbeiträge für Arbeitnehmer vor, die in einem Haushalt mit niedrigem Erwerbseinkommen leben. Bis zur Geringfügigkeitsgrenze von 630 DM bleiben Löhne für Arbeitnehmer versicherungsfrei. Oberhalb dieser Grenze werden die Sozialabgaben bis zu einem Verdienst von 1.550 DM pro Monat degressiv bezuschusst. Für Ehepaare verdoppeln sich diese Grenzen auf 1.260 bzw. 3.100 DM, auch wenn nur ein Partner erwerbstätig ist.

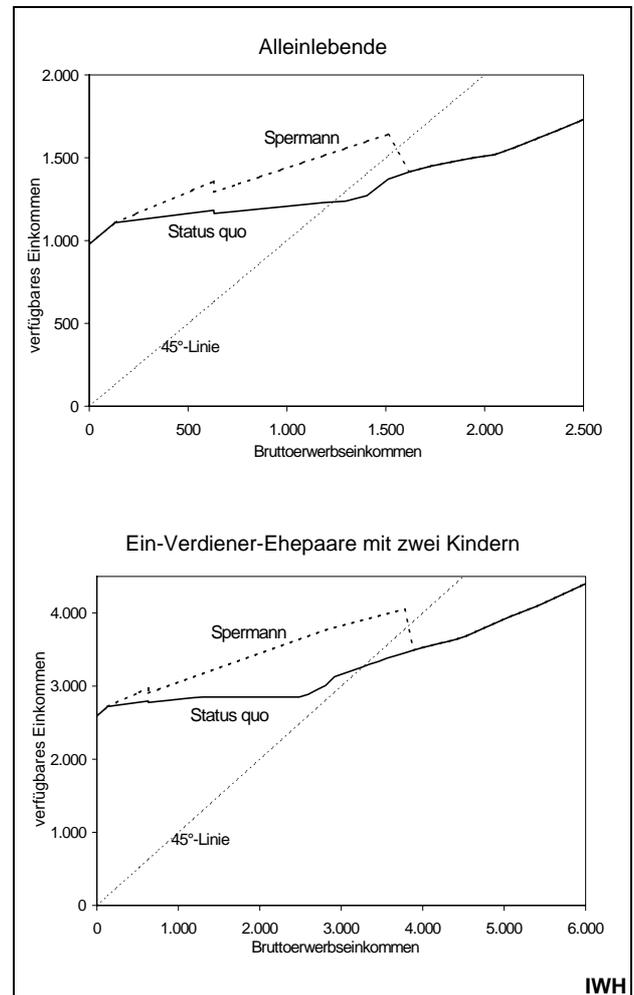
¹² Für diese Studie wurde ein Umsetzungsvorschlag des Sozialministeriums Baden-Württemberg untersucht. Vgl. SOZIALMINISTERIUM BADEN-WÜRTTEMBERG: Pressemitteilung „Im Land sollen Brücken zur Arbeit für arbeitslose Sozialhilfeempfänger und Langzeitarbeitslose gebaut werden“. Stuttgart, 12. Mai 1998.

¹³ Vgl. o.V.: Einstiegsgeld nützt allein Erziehenden, in: Handelsblatt vom 27. Juli 2000, S. 7.

¹⁴ Das Mainzer Modell wird beschrieben in GERSTER, F.; DEUBEL, I.: Arbeit muss sich lohnen! Das Mainzer Modell für Beschäftigung und Familienförderung. Wirtschaftsdienst, Nr.1, 1999, S. 39-43.

Abbildung 4:

Verlauf der Budgetfunktion im Status quo und mit „Einstiegsgeld“ für Alleinlebende und Ein-Verdiener-Ehepaare mit zwei Kindern

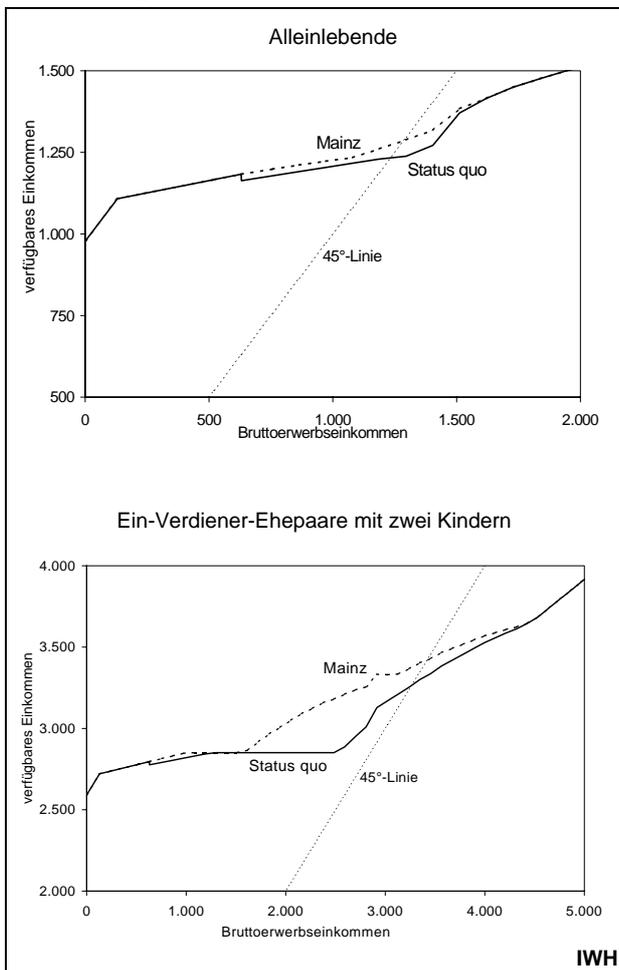


Quelle: Berechnungen des IWH.

Die zweite Komponente des Modells kommt nur Familien mit Kindern zugute. Bei Erwerbstätigkeit eines oder beider Elternteile wird ein Zuschlag zum regulären Kindergeld in Höhe von bis zu 150 DM pro Monat gezahlt. Der Transfer orientiert sich am Wohngeldanspruch und sinkt mit steigendem Haushaltseinkommen. Zum Verlauf der Budgetfunktion im Status quo und im Mainzer Modell vergleiche Abbildung 5.

Das Mainzer Modell verfolgt neben der Erhöhung der Attraktivität einer Arbeitsaufnahme weitere Intentionen. Die Subventionierung von Sozialversicherungsbeiträgen soll die Geringfügigkeitsschwelle überwinden helfen. Mit dem Kindergeldzuschlag ist ein sozialpolitisches Element enthalten, welches darauf abzielt, die Benachteiligung

Abbildung 5:
Verlauf der Budgetfunktion im Status quo und im Mainzer Modell für Alleinlebende und Ein-Verdiener-Ehepaare mit zwei Kindern



Quelle: Berechnungen des IWH.

erwerbstätiger Eltern (ohne Sozialhilfe) gegenüber Sozialhilfeempfängern mit Kindern zu vermindern. Im Status quo beträgt das reguläre Kindergeld 250 bis 300 DM pro Kind. In der Sozialhilfe liegt der Bedarf für Kinder dagegen bei bis zu 650 DM.

Das Mainzer Modell ist Teil der im Bündnis für Arbeit vereinbarten Modellversuche zur Förderung von Beschäftigungsmöglichkeiten geringqualifizierter Arbeitnehmer und Langzeitarbeitsloser. Es wird in diesem Rahmen in verschiedenen Arbeitsamtsbezirken in Rheinland-Pfalz und Brandenburg erprobt.

Stundenlohnsubventionierung: Niedrige Stundenlöhne werden bezuschusst

Ein drittes in der Öffentlichkeit diskutiertes Konzept präferiert die Subventionierung von ge-

ringen Stundenlöhnen.¹⁵ Danach wird für niedrige Stundenlöhne ein Aufschlag gezahlt, der mit steigenden Stundenlöhnen abnimmt. Dabei ist die Subvention weder an Bedürftigkeit geknüpft noch an eine bestimmte Zielgruppe gerichtet und folglich für jeden Arbeitnehmer mit einem geringen Stundenlohn offen. Entsprechend verfolgen solche Konzepte auch nicht in erster Linie die Erhöhung von Arbeitsanreizen für Transferempfänger. Stattdessen sollen allgemein Arbeitsplätze im Niedriglohnssektor attraktiv gemacht sowie die mit Niedriglöhnen verbundene Armutsfalle überwunden werden.

Die hier simulierte Umsetzung des Konzepts subventioniert degressiv Nettostundenlöhne von 4 bis 10 DM. Ein Arbeitnehmer erhält demnach mit einem Nettostundenlohn von 4 DM eine Subvention von 3 DM. Ein Stundenlohn von 9 DM wird hingegen nur noch mit 50 Pfennig bezuschusst. Dabei wird unterstellt, dass die Subvention nicht auf andere Transferleistungen angerechnet wird. Anderenfalls würde die restriktive Anrechnungsregelung bei Sozialtransfers die erzielbare Einkommensverbesserung ebnen und die Anreizwirkung vor allem auf Nichttransferhaushalte beschränken.

Mäßige Arbeitsmarktwirkungen bei meist hohen Kosten – Zielgruppenorientierung erhöht Effizienz

Die Auswirkungen der Reformvorschläge unterscheiden sich je nach Zielgruppenorientierung teilweise deutlich. Das Einstiegsgeld sieht die Subventionierung von langzeitarbeitslosen Arbeitslosenhilfe- und Sozialhilfeempfängern – und damit einer eng begrenzten Zielgruppe – vor. Die erzielbaren Einkommensverbesserungen betragen im Durchschnitt der Simulation 130 DM/Monat, können im Einzelfall aber bis zu 800 DM/Monat erreichen. Im Ergebnis erhöht sich die Zahl der Arbeitsanbieter in Ostdeutschland um etwa 6,5% der Zielgruppe. Das entspricht etwa 11.500 Personen (vgl. Tabelle 2). Mit der engen Zielgruppenorientierung ist zwar ein relativ hoher Subventionsbetrag möglich, der aber nur zu mäßigen Reaktionen führt. Da allerdings nur eine befristete Subventionierung

¹⁵ Vgl. z. B. SCHARPF, F. W.: Für eine Subventionierung niedriger Erwerbseinkommen, in: Wirtschaftsdienst, Nr. 3, 1994, S. 111-114.

(aufgrund von Abgrenzungsproblemen mit Nicht-Subventionsberechtigten) vorstellbar ist, könnte der Effekt eher überschätzt sein. Immerhin sind bei diesem Instrument Einsparungen in Höhe von rund 87 Mio. DM durch verringerte Transferzahlungen zu erwarten.

Tabelle 2:

Simulierte Effekte der Reformvorschläge für Ostdeutschland, Basisjahr 1998

	Einstiegsgeld für Langzeitarbeitslose	Mainzer Modell	Stundenlohnsubventionierung
Zusätzliches Arbeitsangebot in Personen (Zielgruppenanteil)	11.480 (6,5 %)	18.260 (1,12 %)	19.430 (0,87 %)
Frauen	6.640 (7,6 %)	12.850 (1,51 %)	15.420 (1,11 %)
Männer	4.840 (5,4 %)	5.410 (0,69 %)	4.010 (0,48 %)
Nettokosten/Jahr (in Mio. DM)	-87,3	1.520	2.662
Einsparungen	120,8	135,7	101,2
Kosten	33,5	1.656	2.763

Quelle: Berechnungen des IWH.

Bei Betrachtung der auf größere Zielgruppen orientierten Konzepte zeigt sich, dass auch mit diesen Vorschlägen keine wesentlich größeren absoluten Arbeitsangebotseffekte zu erreichen sind. Zwar werden deutlich mehr Personen subventioniert, aber mit jeweils relativ geringen Beträgen. Der relative Arbeitsangebotseffekt fällt folglich auch geringer aus und liegt zwischen etwa 0,9 und 1,1 %. Zusätzlich treten Kostenrisiken auf, die sich teilweise allein in Ostdeutschland in Milliardenhöhe bewegen. Übersteigen in der Simulation beim Einstiegsgeld die erwarteten Einsparungen die zusätzlichen Ausgaben, so sind beim Mainzer Modell bereits Kosten von 1,5 Mrd. DM/Jahr, im Fall der Stundenlohnsubvention sogar rund 2,7 Mrd. DM/Jahr zu erwarten (vgl. Tabelle 2). Hier spielen vor allem Mitnahmeeffekte eine große Rolle, da der überwiegende Teil der Subventionsempfänger bereits erwerbstätig ist.

Effekte einer zusätzlichen Sozialhilfekürzung

Die Wirkung einer hin und wieder diskutierten Absenkung der Sozialhilfe ist theoretisch auf jeden

Fall arbeitsangebotserhöhend. Deswegen bietet sich eine Verknüpfung von Lohn- und Einkommenssubventionen mit dieser Maßnahme für erwerbsfähige Sozialhilfeempfänger an. Im Rahmen dieser Analyse werden das Mainzer Modell und das Einstiegsgeld mit einer 10%igen Absenkung des gesamten Sozialhilfebedarfs im Nichterwerbsfall verbunden.

Die Simulation ermittelt jeweils in etwa eine Verdoppelung der Arbeitsangebotsreaktion auf je nach Vorschlag insgesamt rund 20.000 bis 30.000 Personen. Damit zeigt die Absenkung der Transfers eine im Umfang ähnliche zusätzliche Arbeitsangebotsreaktion wie die Reformvorschläge zu den Lohn- und Einkommenssubventionen. Mit der Sozialhilfekürzung sind keine zusätzlichen fiskalischen Belastungen verbunden, da in jedem Fall mit Einsparungen für die Sozialhilfeträger zu rechnen ist.

Diese Strategie hat jedoch enge Grenzen. Mit einer deutlichen Kürzung der Sozialhilfe kann das Sozialsystem die ihm zugeordnete Funktion der Existenzabsicherung auch bei Nichtarbeit und Bedürftigkeit nicht erfüllen. Somit sollten von dieser Kürzung nur Personen betroffen sein, die tatsächlich eine Erwerbsarbeit aufnehmen können. Damit verbunden ist die Problematik einer sicheren Unterscheidung von arbeitsfähigen und erwerbsunfähigen Personen. Zudem müsste sichergestellt sein, dass alle Erwerbsfähigen auch tatsächlich eine Arbeit finden. Geschieht dies durch öffentliche Beschäftigungsprogramme – wie zur Zeit im Rahmen der Hilfe zur Arbeit – sind auch hier negative Effekte wahrscheinlich.

Fazit

Die Arbeitsangebotsreaktionen der untersuchten Reformvorschläge in Ostdeutschland sind positiv, aber gering. Dennoch lassen sich differenzierte Aussagen zu den einzelnen Konzepten treffen. Die Maßnahmenausgestaltung unterliegt einem *trade-off* zwischen Zielgruppengröße und Förderhöhe für den Einzelnen. Wird eine breite Zielgruppenorientierung gewählt (Stundenlohnsubventionierung, Mainzer Modell), fallen die Einkommensverbesserungen für die Geförderten relativ gering aus, um die Reform fiskalisch nicht ausufern zu lassen. Die Arbeitsangebotsreaktionen sind entsprechend gering, die Mitnahmeeffekte dafür relativ hoch. Diese Art von Programmen ver-

folgt aber regelmäßig über einen Beschäftigungseffekt hinaus weitere Ziele. Diese Zielstellungen können eine solche Reform rechtfertigen, gehen jedoch über eine arbeitsmarktpolitische Bewertbarkeit hinaus.

Bei der Konzentration auf einen relativ eng begrenzten Personenkreis (Einstiegsfeld) steht die zielgerichtete Förderung einer Problemgruppe im Vordergrund. Die Subvention ist im Einzelfall großzügig. Die relative Arbeitsangebotswirkung ist demzufolge höher als bei den vorgenannten Ansätzen. Deshalb liefert dieser Vorschlag auch eine bessere relative Performance als die beiden Vergleichsmodelle. Aufgrund der Zielgruppenorientierung bleibt der höchstens zu erwartende absolute Arbeitsmarkteffekt jedoch ebenfalls recht klein; er bewegt sich für Ostdeutschland in der gleichen Größenordnung wie bei den anderen untersuchten Konzepten. Immerhin fallen kurzfristig pro Transferempfänger tendenziell Einsparungen bei den Transferzahlungen an.

Neben der impliziten Lohnerhöhung wirkt auch die Absenkung des Sozialhilfeniveaus arbeitsangebotsfördernd, sodass aus arbeitsmarktpolitischer

Sicht positive Effekte resultieren. Die Absenkung des Niveaus der Sozialhilfe für erwerbsfähige Sozialhilfeempfänger um 10 % wirkt in gleicher Größenordnung auf das Arbeitsangebot wie bei den Kombilohnvorschlägen.

Die mit mikroökonomischen Methoden gefundenen Ergebnisse lassen große arbeitsmarktpolitische Wirkungen der Kombilohnkonzepte zweifelhaft erscheinen. Im Unterschied zu den USA oder Großbritannien, wo seit Jahrzehnten entsprechende Programme wichtige Bestandteile des Sozialsystems bilden, gibt es in Deutschland jedoch keinerlei Erfahrungen mit den tatsächlich realisierten Arbeitsmarkteffekten. Die in letzter Zeit gestarteten oder geplanten Experimente können von daher über die im Rahmen einer solchen Analyse gefundenen Ergebnisse hinausgehende Erkenntnisse unter den Bedingungen einer intensiven Betreuung und gezielten Information der Zielgruppe liefern.

Wolfram Kempe (*wke@iwh-halle.de*)

Jürgen Kolb

Hilmar Schneider (*his@iwh-halle.de*)

Strukturwandel, Spezialisierungsmuster und die Produktivitätslücke zwischen Mittel- und Osteuropa und der Europäischen Union

Die Transformationsstaaten Mittel- und Osteuropas weisen ein deutlich niedrigeres Produktivitätsniveau auf als die Europäische Union. Seit Beginn der Transformation hat sich jedoch die Lücke zwischen den Niveaus der mittel- und osteuropäischen Staaten und dem Durchschnitt der Europäischen Union deutlich verringert.

In den Transformationsländern spielen neben technologischen und organisatorischen Faktoren insbesondere auch die sektoralen Strukturen eine wichtige Rolle für die Entwicklung und Höhe der gesamtwirtschaftlichen Produktivität. So trug in den meisten Transformationsländern der Strukturwandel ganz deutlich positiv zum Wachstum der gesamtwirtschaftlichen Arbeitsproduktivität bei. Eine Ausnahme bildet Polen, wo kaum ein signifikanter Einfluss des Strukturwandels auf sektoraler- und Branchenebene auf das Produktivitätswachstum festzustellen war.

Die geringe strukturelle Anpassung Polens insbesondere im Agrarsektor weist dann auch dem 1998 erreichten sektoralen Spezialisierungsmuster in der europäischen Arbeitsteilung eine wichtige Rolle für die Bestimmung der Produktivitätslücke zu. Ähnliches gilt für Ungarn und abgeschwächt für Slowenien, dem Land mit dem in der Region geringsten Produktivitätsgefälle zur EU. Lediglich in Tschechien und der Slowakei ist der Erklärungsgehalt des Spezialisierungsmusters als Determinante der Produktivitätslücke vernachlässigbar klein.

Die Produktivitätslücke verringert sich

Einige Volkswirtschaften Mittel- und Osteuropas können seit Beginn der Systemtransformation und Integration in die Weltmärkte vor gut zehn Jahren auf beeindruckende Produktivitätsverbesserungen verweisen, welche insbesondere über den

jenigen der Europäischen Union liegen (vgl. Tabelle 1).

Polen, das Land mit dem bisher höchsten Wirtschaftswachstum seit Beginn der Systemtransformation erreicht auch das höchste Produktivitätswachstum unter den untersuchten Ländern. In Tschechien dagegen verblieb das Wachstum der Arbeitsproduktivität bis Ende 1999 mit einem Indexwert von 119,5 (für 1992=100) im regionalen Vergleich am niedrigsten. Hier fiel die Anpassung etwa der Beschäftigung an die Transformationsrezession deutlich schwächer aus als bei den anderen Transformationsländern. Darüber hinaus blieben als Wirkung der Finanzkrise des Jahres 1997 die nachfolgenden Wachstumsraten insbesondere der gesamtwirtschaftlichen Arbeitsproduktivität hinter den Werten der anderen Transformationsländer zurück.

Tabelle 1:
Entwicklung der gesamtwirtschaftlichen Arbeitsproduktivität^a, 1993-1999^b

	Arbeitsproduktivität, 1992 = 100
EU-15	114,7
Estland	135,2
Polen	135,8
Slowakei	133,5
Slowenien	135,2
Tschechien	119,5
Ungarn	128,9

^a Reales Bruttoinlandsprodukt je Beschäftigten, deflationiert mit BIP-Deflatoren. – ^b Vorläufige Schätzungen der Nationalen Statistischen Ämter.

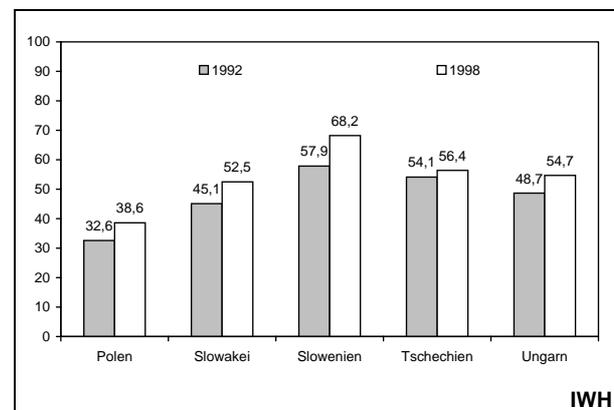
Quellen: EUROSTAT; Nationale Statistische Ämter.

Im Falle Estlands und vor allem der Slowakei gingen in den ersten Transformationsjahren mit der verzögerten Anpassung der Produktionsfaktoren sogar negative Wachstumsraten der Arbeitsproduktivität einher. Mit überdurchschnittlich hohen Wachstumsraten seither konnten jedoch beide Länder fast an Polen aufschließen. Ungarns Wachstum der gesamtwirtschaftlichen Arbeitsproduktivität bleibt mit knapp 29 % hinter Estland, Polen, der Slowakei und Slowenien zurück.

Trotz der in der Region geringsten Produktivitätsverbesserungen konnte sogar Tschechien etwas zum durchschnittlichen Niveau der Arbeitspro-

duktivität der 15 Länder der Europäischen Union (heutige EU-15) aufholen. Hier verbesserte sich die Produktivität im selben Zeitraum zwischen 1992 und 1999 um nur knapp 15 %. Damit verringerte sich in allen hier untersuchten Ländern die Produktivitätslücke gegenüber der EU-15 (vgl. Abbildung 1 für die Entwicklung zwischen 1992 und 1998).

Abbildung 1:
Entwicklung der Produktivitätsniveaus^a der Transformationsländer gegenüber dem Durchschnittsniveau der EU-15, 1992 und 1998^b
- EU = 100 -



^a Bruttowertschöpfung je Beschäftigten. – ^b Konvertierung der in nationalen Währungen kalkulierten Niveaus mit Hilfe von Kaufkraftparitäten (KKP). Mangels KKP-Schätzungen für Estland konnte diese Kalkulation für Estland nicht vorgenommen werden. Für 1999 sind noch keine Angaben über Wertschöpfungen in Sektoren und Branchen verfügbar.

Quellen: EUROSTAT; OECD; Nationale Statistische Ämter; Berechnungen des IWH.

Gemessen in Kaufkraftparitäten erreichen die Slowakei, Tschechien und Ungarn im Jahre 1998 Produktivitätsniveaus von über 50 % des Durchschnitts der EU-15, Polen nur einen Wert von knapp 40 %. Slowenien, das Land mit der geringsten Produktivitätslücke zur EU, schloss bis Ende 1998 auf gut 68 % des EU-15 Niveaus auf. Damit liegen die Slowakei, Tschechien und Ungarn in etwa bei einem Niveau, welches mit der gesamtwirtschaftlichen Arbeitsproduktivität Griechenlands vergleichbar ist, Polen auf einem etwas höherem Niveau als Portugal. Slowenien erreicht knapp das Niveau Spaniens.¹⁶

¹⁶ Vgl. Angaben aus EUROSTAT: Production and Productivity in the European Union, 2000, S. 42.

Untersuchungen etwa der totalen Faktorproduktivität¹⁷ in Transformationsländern haben gezeigt, dass das Produktivitätswachstum nicht allein durch eine verbesserte Kapazitätsauslastung im Zuge etwa des Abbaus der Überbeschäftigung entstanden ist. Vielmehr ist es auch auf eine Verbesserung der technologischen Ausstattung der Volkswirtschaft, der Betriebsorganisation, des sektoralen Strukturwandels und auf andere Faktoren zurückzuführen. Dabei zeichneten sich bemerkenswerte Unterschiede zwischen den untersuchten Ländern ab. Die Verbesserung der totalen Faktorproduktivität war in Polen und Ungarn am höchsten und in Tschechien am schwächsten. Selbst die Slowakei zeigt hier bessere Ergebnisse als Tschechien.

Die bisherige Analyse der totalen Faktorproduktivität lässt jedoch offen, wie groß der Einfluss der einzelnen oben genannten Bestimmungsfaktoren ist. Eine nicht zu unterschätzende Rolle könnten sektorale und branchenstrukturelle Anpassungen im Zuge der Transformation und Integration der mittel- und osteuropäischen Länder gespielt haben. Die gesamtwirtschaftliche Produktivität könnte allein dadurch gewachsen sein, dass der Beschäftigungsanteil der Sektoren und Branchen mit niedriger Produktivität an der Gesamtbeschäftigung gefallen ist – ohne dass sich die Produktivität innerhalb der einzelnen Sektoren bzw. damit der Unternehmen verändert hätte. In diesem Falle gäbe es immer noch erhebliche Lücken in der technologischen Ausstattung und der organisatorischen Ausgestaltung der Unternehmen gegenüber der EU.

Starker Einfluss des Strukturwandels vor allem in Estland und Tschechien

Um den Einfluss des Strukturwandels auf Branchen- und Sektorebene auf die Entwicklung der Produktivität abzuschätzen, wurden die Beschäftigungsanteile von 36 Wirtschaftsbereichen¹⁸ im

¹⁷ Im Vergleich zum Maß der Arbeitsproduktivität beinhaltet die totale Faktorproduktivität auch die Effizienz des Einsatzes des Produktionsfaktors Kapital. Vgl. STEPHAN, J.: Faktoren des Wirtschaftswachstums in ausgewählten Transformationsländern, in: IWH, *Wirtschaft im Wandel* 16/1999, S. 23-25.

¹⁸ Der Grad der Disaggregation umfasst je nach Verfügbarkeit der Daten bis zu 14 Sektoren in ISIC – Einstellern, von denen das Verarbeitende Gewerbe weiter in 23 Branchen der ISIC - Zweisteller unterteilt wurde.

Zeitraum von 1992 bis 1998 betrachtet. Da keine Daten zur Berechnung sektoraler *totaler* Faktorproduktivitäten zur Verfügung stehen, beschränkt sich die Analyse auf die Arbeitsproduktivität (zur Berechnung vgl. Kasten, Abschnitt I).

In jenen Transformationsländern, in denen sich die Struktur zugunsten von Branchen mit vergleichsweise hohem Produktivitätsniveau entwickelte, hat der Spezialisierungsprozess positiv zur Veränderung des gesamtwirtschaftlichen Produktivitätsniveaus beigetragen (vgl. Tabelle 2). Zu diesen Ländern gehören vor allem Estland und Tschechien mit Anteilen des Produktivitätswachstums durch Strukturwandel von etwa 42%.¹⁹ Damit verbleibt für Tschechien, dem Land mit dem geringsten Produktivitätswachstum, sowie Estland ein nur geringer Erklärungsgehalt für Anpassungen von Organisation und Technologie auf Unternehmensebene. Im Falle Estlands begründet sich der hohe Wachstumsanteil des Strukturwandels im wesentlichen durch eine Ausweitung der Beschäftigung im Handel und haushalts- und unternehmensbezogener Dienstleistungen, welche sich gerade durch hohe Produktivitäten auszeichnen.

Tabelle 2:
Wachstum der Arbeitsproduktivität durch Strukturwandel und Anteile am gesamten Produktivitätswachstum, 1993-1998

	Wachstumsraten durch Strukturwandel, 1992=100	Wachstumsanteile des Strukturwandels, in %
Estland	111,3	42,4
Polen	100,4	2,1
Slowakei	112,1	32,6
Slowenien	105,6	20,3
Tschechien	106,3	41,9
Ungarn	103,9	14,8

Quellen: EUROSTAT; OECD; WIIW; Nationale Statistische Ämter; Berechnungen des IWH.

¹⁹ Diese ungewöhnlich hohen Anteile begründen sich vor allem durch die tiefgreifende Umgestaltung der Wirtschaften dieser Länder im Zuge der Systemtransformation. Generell kann in allen hier untersuchten Ländern von einer kräftigen Deindustrialisierung, Deagrarisierung und Tertiarisierung gesprochen werden.

Zur Berechnung des sektoralen Strukturfaktors in der Produktivitätsanalyse

I.

Anteil des Strukturwandels am Wachstum der Arbeitsproduktivität

Die aggregierte Arbeitsproduktivität π wird berechnet als die Summe aller spezifischen Produktivitäten π^i der Sektoren i , gemessen als Bruttowertschöpfung je Beschäftigten, und gewichtet mit den jeweiligen Beschäftigungsanteilen α^i :

$$(1) \quad \pi = \sum_i \pi^i \alpha^i .$$

Die Wachstumsrate der gesamtwirtschaftlichen Arbeitsproduktivität im Zeitraum t_0 bis t_1 ist bestimmt durch:

$$(2) \quad \hat{\pi} = \frac{\pi_{t_1} - \pi_{t_0}}{\pi_{t_0}} .$$

Sie ist das Resultat sowohl einer Veränderung der Beschäftigungsanteile der einzelnen Sektoren an der gesamten Beschäftigung als auch einer Veränderung der sektoralen Arbeitsproduktivitäten. Lässt man die sektoralen Produktivitäten des Basisjahres t_0 konstant und verändert die Beschäftigungsanteile, so erhält man das Wachstum der Arbeitsproduktivität, das sich hypothetisch durch Strukturwandel ergibt:

$$(3) \quad \hat{\pi}_{hyp} = \frac{\sum_i \pi_{t_0}^i \alpha_{t_1}^i - \sum_i \pi_{t_0}^i \alpha_{t_0}^i}{\sum_i \pi_{t_0}^i \alpha_{t_0}^i} .$$

Dies ist Grundlage der Berechnung von Tabelle 2.

II.

Der Erklärungsgehalt der Spezialisierungsmuster für die Produktivitätslücke

Bei der Kalkulation wird eine Produktivität für die Transformationsländer errechnet, die sich hypothetisch ergibt, indem die sektoralen Produktivitäten der Länder π_i mit den Beschäftigungsanteilen derselben Sektoren α_i in der EU gewichtet werden:

$$(4) \quad \pi_{hyp}^{TR} = \sum_i \pi_i^{TR} \alpha_i^{EU} .$$

Diese Produktivität weicht von der tatsächlichen Produktivität der EU ab, und die Produktivitätslücke kann mit

$$(5) \quad \bar{\pi} = 1 - \frac{\sum_i \pi_i^{TR} \alpha_i^{EU}}{\sum_i \pi_i^{EU} \alpha_i^{EU}}$$

beschrieben werden. Diese Produktivitätslücke ist ein Residuum, das nicht mehr dem Strukturwandel, sondern anderen Faktoren (Technologie etc.) zugeordnet werden kann.

Für die Slowakei weist die Analyse dem Strukturwandel einen Anteil an der Verbesserung der gesamtwirtschaftlichen Arbeitsproduktivität von etwa 33 % zu, der Sloweniens fällt mit 20 % etwas niedriger aus.

Lediglich in Ungarn ist der Beschäftigungsanteil der Industrie in den letzten Jahren wieder angestiegen, wozu nicht zuletzt auch die im mittel- und osteuropäischen Vergleich außergewöhnlich hohen Zuflüsse ausländischer Direktinvestitionen beigetragen haben werden. Diese haben wohl auch deutlich zu organisatorischen und technologischen Verbesserungen auf Unternehmensebene geführt; nur knapp 15 % des Wachstums der Arbeitsproduktivität können dem Strukturwandel zugerechnet werden.

In Polen ist der Anteil des Strukturwandels bei hohen Produktivitätswachstumsraten mit etwa 2 % fast vernachlässigbar klein. Dieses Bild deutet auf umfangreiche technologische und organisatorische Anpassungen hin. In Polen sind weitere Struktur-anpassungen im Zuge der europäischen Integration des Landes zu erwarten: Während der Beschäftigungsanteil im Agrarsektor 1998 bei etwa 26 % lag (die anderen Länder haben durchweg weniger als 8 %, die EU-15 weniger als 5 %), trägt dieser Sektor mit nur etwa 4 % zum Bruttoinlandsprodukt bei.

Die Analyse deutet an, dass in allen hier untersuchten Transformationsländern (bisher mit Ausnahme von Polen) sektorale- und branchenstrukturelle Anpassungen im Zuge der Systemtransformation und Integration einen deutlichen Anteil an der *Entwicklung* der gesamtwirtschaftlichen Arbeitsproduktivität hatten. Es verbleibt jedoch die Frage, inwieweit die sektorale Spezialisierung die noch verbleibende Produktivitätslücke erklärt.

Sektorale Strukturen als Determinante der Produktivitätslücke

Eine einfache Methode zur Berechnung der Anteile der strukturellen Spezialisierung an den Produktivitätslücken bietet der Vergleich des tatsächlichen mit einem geeigneten Referenz-Produktivitätsniveau (vgl. Kasten, Abschnitt II).²⁰ Als

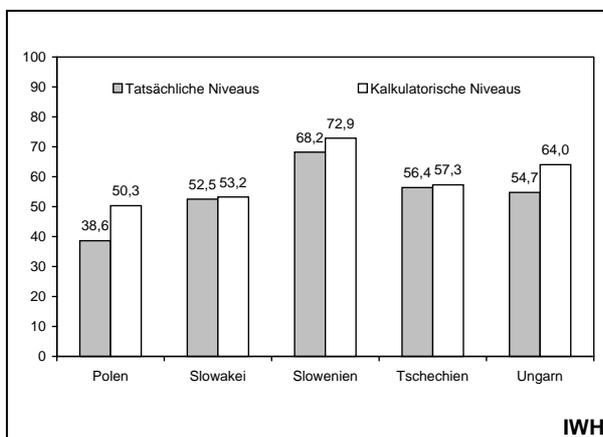
²⁰ Zu einer ähnlichen Analyse mit dem Untersuchungsgegenstand der Produktivitätslücke zwischen Ost- und Westdeutschland vgl. ROTHFELS, J.: Die ostdeutsche Wirtschaftsstruktur und die Produktivitätslücke, in: IWH, Wirtschaft im Wandel 13/1997, S. 15-21.

Referenzregion wird der Durchschnitt der EU-15 verwendet.

Die Resultate dieser Berechnung für das Jahr 1998 sind in der Abbildung 2 dargestellt. In dieser Abbildung berichtet die schattierte Fläche die tatsächlichen Produktivitätsniveaus in den Transformationsländern in Relation zum Produktivitätsniveau der EU-15 (=100). Die farblose Fläche zeigt die kalkulatorischen Referenz-Produktivitätsniveaus der Transformationsländer, welche sich durch Übertragung der EU-Strukturen auf die sektor- und branchenspezifischen Produktivitätsniveaus der Transformationsländer ergibt.

Unter den betrachteten Ländern ist das Produktivitätsgefälle zur EU-15 vor allem für Polen zu einem großen Teil durch das strukturelle Spezialisierungsmuster erklärbar: das kalkulatorische Niveau übersteigt mit 50,3 % das tatsächliche von 38,6 % um 11,7 Prozentpunkte. Hierfür dürfte im Wesentlichen das große Gewicht des Agrarsektors verantwortlich sein.

Abbildung 2:
Tatsächliche und kalkulatorische Produktivitätsniveaus^a der Transformationsländer gegenüber dem Durchschnittsniveau der EU-15, 1998^b
- EU = 100 -



^a Bruttowertschöpfung je Beschäftigten. – ^b Konvertierung der in nationalen Währungen kalkulierten Niveaus mit Hilfe von Kaufkraftparitäten (KKP). Mangels KKP-Schätzungen für Estland konnte die entsprechende Kalkulation nicht vorgenommen werden. Für 1999 sind noch keine Angaben über Wertschöpfungen in Sektoren und Branchen verfügbar.

Quellen: EUROSTAT; OECD; Nationale Statistische Ämter; Berechnungen des IWH.

Ähnlich wie im Falle Polens sind in etwa 9,3 Prozentpunkte der Produktivitätslücke Ungarns zur EU-15 auf das sektorale Spezialisierungsmuster

zurückzuführen. Untersuchungen zur Richtung der bisherigen sektoralen- und Branchenspezialisierung in den Transformationsländern zeigen für Ungarn eine deutliche Tendenz struktureller Divergenz. Für alle anderen Länder lässt sich umgekehrt eine deutliche Tendenz struktureller Annäherung feststellen.²¹ Für Slowenien, dem Land mit der geringsten Produktivitätslücke unter den hier untersuchten Transformationsländern, weist die Analyse einen Strukturanteil am Produktivitätsgefälle von 4,7 Prozentpunkten aus. Damit entspricht das Ergebnis in etwa dem heutigen Produktivitätsgefälle zwischen West- und Ostdeutschland. Sowohl in Tschechien als auch in der Slowakei lassen sich nur noch weniger als ein Prozentpunkt der Produktivitätslücke auf das divergierende Spezialisierungsmuster beziehen und spielen damit als Determinante der Produktivitätslücke keine entscheidende Rolle.

Aus wirtschaftspolitischer Sicht, und mit Blick auf eine Reduktion der Produktivitätslücke, gilt damit vor allem für Tschechien und die Slowakei, dass es im Wesentlichen auf eine ausgedehnte Unterstützung der heimischen technologischen Entwicklung und des Technologietransfers aus dem Westen ankommt. Lediglich im Falle Polens kann eine Reduktion des Beschäftigungsanteils des Agrarsektors Polens durchaus signifikante Produktivitätswirkung zeigen. Damit können in allen hier untersuchten Transformationsländern die Strukturfonds der EU, die überwiegend der technologischen und organisatorischen Entwicklung dienen, eine wesentliche Rolle für das gemeinschaftliche Ziel wirtschaftlicher Kohärenz spielen.

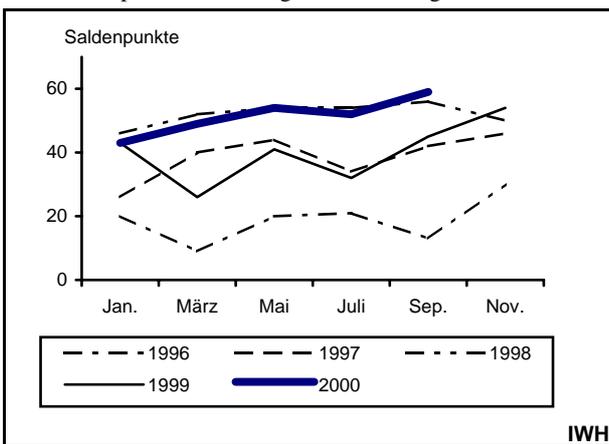
Johannes Stephan
(jsn@iwh-halle.de)

²¹ Vgl. LANDESMANN, M.: Structural Change in the Transition Economies, 1989-1999. WIIW Research Report No. 269, 2000, S. 26.

Aufschwung in der ostdeutschen Industrie ungebrochen

Laut IWH-Umfrage vom September 2000 unter rund 300 Unternehmen setzt sich das Stimmungshoch im ostdeutschen Verarbeitenden Gewerbe auch im Herbst fort. Die Einschätzung der Geschäftslage hat sich sogar nochmals verbessert, das ist aber auch typisch für diese Saison. Gegenüber der vorangegangenen Umfrage im Juli werden die aktuellen Geschäfte um sieben Punkte günstiger bewertet. Mit Ausnahme des Investitionsgütergewerbes findet sich dieser Aufwärtstrend in allen fachlichen Hauptgruppen wieder. Die Hersteller von Investitionsgütern befanden sich bereits bei der vorangegangenen Umfrage in einem Hoch und bekräftigen jetzt ihre optimistische Haltung. Auch das Gebrauchsgütergewerbe bleibt im Aufwind,

Abbildung 1:
Entwicklung der Geschäftslage
- Saldo der positiven und negativen Wertungen -



Quelle: IWH-Industrienumfragen

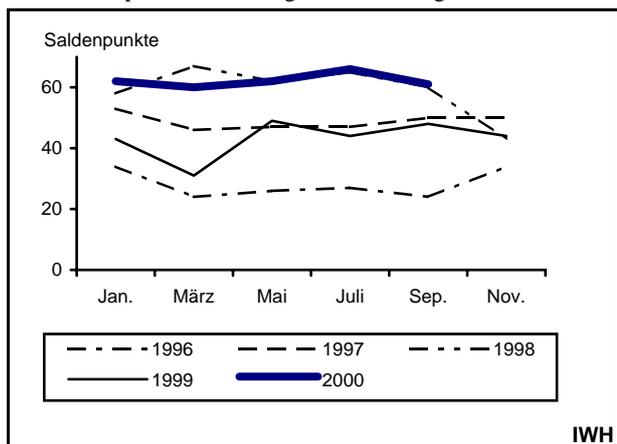
und die Lagebeurteilung der Nahrungsgüterproduzenten zeigt nach einem Sommertief wieder deutlich nach oben.

Im mehrjährigen Vergleich klettert der Saldo aus positiven und negativen Antworten zur *Geschäftslage* auf einen Höchststand. Der Anteil der Unternehmen, die ihre geschäftliche Situation mit „gut“ oder „eher gut“ bewerten, ist auf knapp 80 % gestiegen, während weiterhin rd. 3 % ihre Lage mit „schlecht“ beurteilen. Die günstige Bewertung des Investitionsgütergewerbes kommt vor allem vom Maschinenbau und den Herstellern von Metall-erzeugnissen. Der Aufschwung des Gebrauchsgütergewerbes beruht auf einem kräftigen Nach-

frageanstieg bei den Herstellern elektrischer und elektronischer Geräte. Die erneut gute Beurteilung der Geschäftslage im Verarbeitenden Gewerbe ist Ausdruck dafür, dass der konjunkturelle Aufschwung unter den ostdeutschen Industrieunternehmen gegriffen hat.

Die *Geschäftsaussichten* werden ebenfalls deutlich optimistisch gesehen, wenn auch gegenüber der vorangegangenen Umfrage gedämpfter. Der Saldo aus positiven und negativen Meldungen gab nach und liegt jetzt bei 61 Punkten. Die vorsichtigere Beurteilung zieht sich durch alle fachlichen Hauptgruppen. Besonders kräftig reduzierten die Gebrauchsgüterproduzenten ihre Zuversicht. Sie haben damit ihre euphorische Einschätzung

Abbildung 2:
Entwicklung der Geschäftsaussichten
- Saldo der positiven und negativen Wertungen -



Quelle: IWH-Industrienumfragen

von der vorangegangenen Umfrage etwas zurückgenommen. Im Vorjahresvergleich verbesserten sich die Geschäftsaussichten im Verarbeitenden Gewerbe insgesamt mit 13 Punkten merklich. Gestützt werden die Erwartungen von steigenden Auftragseingängen. Dabei profitieren die ostdeutschen Unternehmen sowohl von den zunehmenden Auslandsaufträgen als auch von der anziehenden Inlandsnachfrage.

Bärbel Laschke
(lsk@iwh-halle.de)

Tabelle:

Geschäftslage und Geschäftsaussichten laut IWH-Umfrage in der ostdeutschen Industrie – September 2000

- Vergleich zum Vorjahreszeitraum und zur Vorperiode -

Gruppen/Wertungen	gut (+)			eher gut (+)			eher schlecht (-)			schlecht (-)			Saldo		
	Sept 99	Juli 00	Sept 00	Sept 99	Juli 00	Sept 00	Sept 99	Juli 00	Sept 00	Sept 99	Juli 00	Sept 00	Sept 99	Juli 00	Sept 00
	in % der Unternehmen der jeweiligen Gruppe ^a														
Geschäftslage															
Industrie insgesamt	28	35	32	45	41	47	23	21	18	4	3	3	45	52	59
Hauptgruppen^b															
Vorleistungsgüter	27	32	33	46	43	46	22	22	18	5	3	4	47	50	57
Investitionsgüter	32	46	39	43	38	45	21	14	15	4	2	2	49	67	67
Ge- und Verbrauchsgüter	25	30	27	44	41	51	27	26	22	4	3	1	38	41	55
dar.: Nahrungsgüter	24	28	26	44	34	49	32	35	25	0	3	0	37	24	50
Größengruppen															
1 bis 49 Beschäftigte	22	25	24	50	43	43	24	29	28	4	4	5	43	35	34
50 bis 249 Beschäftigte	29	34	35	44	40	49	25	22	14	3	4	2	45	48	68
250 und mehr Beschäftigte	32	45	38	45	40	43	16	15	19	8	0	0	53	70	62
Statusgruppen															
darunter:															
Privatisierte Unternehmen	25	34	30	46	41	50	24	21	18	5	4	3	41	51	59
Westdt./ausl. Investoren	27	34	29	42	44	51	25	20	19	6	3	1	38	55	60
Management-Buy-Outs	16	26	23	58	46	62	22	23	11	4	5	4	47	45	70
Reprivatisierer	33	38	29	44	34	40	17	25	23	6	3	8	55	44	38
Neugründungen	49	41	44	37	38	36	13	22	19	0	0	1	73	56	60
Geschäftsaussichten															
Industrie insgesamt	19	29	29	55	54	52	23	15	17	3	2	3	48	66	61
Hauptgruppen^b															
Vorleistungsgüter	17	28	27	58	53	51	24	16	17	1	3	5	50	61	57
Investitionsgüter	21	40	35	52	42	46	22	16	20	4	2	0	48	64	61
Ge- und Verbrauchsgüter	21	21	26	52	65	57	24	13	16	4	1	2	44	73	66
dar.: Nahrungsgüter	22	18	24	47	67	59	31	14	15	0	1	2	39	70	65
Größengruppen															
1 bis 49 Beschäftigte	12	22	25	55	53	42	29	22	24	4	3	8	34	50	35
50 bis 249 Beschäftigte	21	29	28	54	53	55	24	15	16	1	3	1	50	65	66
250 und mehr Beschäftigte	24	36	38	55	51	46	16	13	16	5	0	0	58	74	68
Statusgruppen															
darunter:															
Privatisierte Unternehmen	17	27	27	55	57	55	25	13	15	3	3	3	44	69	64
Westdt./ausl. Investoren	19	26	23	55	61	61	23	11	15	4	3	1	48	73	69
Management-Buy-Outs	15	19	24	54	67	61	28	12	14	3	3	1	39	71	71
Reprivatisierer	14	31	24	55	39	44	29	25	24	3	5	8	36	41	35
Neugründungen	34	38	39	53	39	37	12	23	21	0	0	3	75	55	52

^a Summe der Wertungen je Umfrage gleich 100 - Ergebnisse gerundet, Angaben für September 2000 vorläufig. – ^b Die Klassifikation der Hauptgruppen wurde der Wirtschaftszweigsystematik 93 angepasst.

Quelle: IWH-Industrienumfragen.